

Bern, 14. Februar 2013

Parolenfassung der SD- Geschäftsleitung (Kantonalverband Bern) vom 5. Februar 2013 in Bern für die Volksabstimmung vom 3. März 2013:

Eidgenössische Vorlagen:

NEIN zum Bundesbeschluss über die Familienpolitik

Die Kantone haben in Sachen Krippen schon genug getan; eine Förderung durch noch mehr Steuergelder ist unnötig. Grundsätzlich sollten Kinder bei Ihren Familien aufwachsen und von den Eltern erzogen werden. Die SD Kanton Bern empfiehlt ein Nein.

JA zur Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Die Vergütungen an das oberste Kader (teilweise über eine Million jährlich) der grossen Schweizer Unternehmen haben eine Dimension erreicht, die zur realen Arbeitsleistung in keinem Verhältnis mehr steht. Diesen Auswüchsen kann man nur mit zusätzlichen Mitspracherechten für die Aktionäre entgegentreten. Zudem werden Abgangsentschädigungen vollumfänglich verboten. Diese Art von Vergütung verstösst gegen jegliche ethische Grundlage, zumal in gewissen Wirtschaftszweigen immer noch Monatslöhne unter Fr. 4'000.00 die Regel sind. Zudem entscheidet mit der Aufhebung der Organ- und Depotstimmrechtsvertretung jeder Aktionär unabhängig und transparent. Die Schweizer Demokraten (SD) erachten den indirekten Gegenvorschlag als zu schwammig. Die fehlende Verhältnismässigkeit bei ausserordentlichen Entschädigungen rechtfertigt strafrechtliche Konsequenzen. Deshalb wurde einstimmig die Ja-Parole beschlossen.

JA zur Änderung des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz)

Jeden Tag wird in der Schweiz die Fläche von 15 Fussballfeldern verbaut. Die Schweizer Demokraten (SD) befürworten einen Erhalt der Bauzonen auf dem heutigen Stand. In diesem Sinne stellt die 15-jährige Bedarfsregelung einen Schritt in die richtige Richtung dar. Zudem kann es als positiv bewertet werden, dass nun auch bürgerlich geprägte Meinungsvertreter die Verbetonierung der Landreserven bekämpfen wollen. Die Mehrwertabgabe ist für die Minderung der Attraktivität von Einzonungen ein gutes zweckgebundenes Instrument. Des Weiteren bildet die Lockerung der Bewilligungspraxis einen wertvollen Beitrag zur Energiewende. Trotz diesen Änderungsvorschlägen weisen die SD darauf hin, dass dieses Problem nur mit einer Beschränkung der Zuwanderung zu lösen ist. Die Ja-Parole wurde einstimmig beschlossen.

Kantonale Vorlagen:

NEIN zur Volksinitiative "Bern erneuerbar"

JA zum Gegenvorschlag des Grossen Rates

Die erneuerbaren Energien machen uns unabhängig von Grosskonzernen im Ausland. Zudem bleibt bei erneuerbaren Energien der grösste Teil des Geldes in unserem Land bzw. in der Region und fördert unsere Wirtschaft und die Wertschöpfung. Die Initiative und der Gegenvorschlag haben die gleiche Stossrichtung. Da der Gegenvorschlag bei der Umsetzung mehr Spielraum bietet, empfehlen die Schweizer Demokraten diesen anzunehmen und die Initiative abzulehnen. Beim Stichentscheid empfehlen sie den Gegenvorschlag.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident